

# Arbeitspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 9. April 1930

Nummer 29

## Die wöchentliche Arbeitszeit in Deutschland

Mehrmals seit 1924 hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund durch seine Ortsausschüsse Erhebungen über die Dauer der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit (einschließlich der Überstunden) angestellt. In der Woche vom 10. bis 15. Februar 1930 wurde die Arbeitszeitstatistik unter starker Beteiligung der Ortsausschüsse wiederholt. Ermittelt wurde die in der Erhebungswoche geleistete Arbeitszeit in über 63 500 Betrieben mit mehr als 2,7 Millionen Beschäftigten. Wenn auch die Untersuchung ebenso wie die früheren Erhebungen beschränkt wurde auf sieben wichtige Industrien: Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, Chemische Industrie, Holz-, Metall-, Schuh- und Textilindustrie, die Ergebnisse der vorliegenden Arbeitszeitstatistik sind in Anbetracht der großen Zahl von erfassten Arbeitern als durchaus repräsentativ für die Gestaltung der Arbeitszeit anzusehen. Nachstehend geben wir unter Aufführung der Ergebnisse der bisher durchgeführten Erhebungen einen Überblick über die Entwicklung seit 1924 und über den jetzigen Stand der Arbeitszeit.

Von 100 von der Erhebung erfassten Arbeitern:

Erhebungswoche im	Standen in Kurzarbeit	arbeiten einschließlich der Überstunden				
		unter 48 Std.	48 Std.	über 48 bis 51 Std.	über 51 bis 54 Std.	mehr als 54 Std.
Mai 1924	—	5,8	30,5	—	33,4	13,0
November 1924	9,3	4,1	41,2	6,7	28,0	10,7
April 1927	4,6	6,3	41,1	10,5	25,2	12,3
Oktober 1927	1,7	6,0	49,6	14,4	22,1	6,2
Oktober 1928	11,3	6,5	55,6	11,3	11,9	3,4
Februar 1930	22,9	6,4	53,5	8,1	7,1	2,0

In den vorstehenden Zahlen spiegeln sich nicht nur die Erfolge des energischen Kampfes der Gewerkschaften um Verminderung der Arbeitszeit und Vermeidung von Überstunden. Das Anwachsen der Kurzarbeit seit 1927 zeigt den Einfluß der Wirtschaftskonjunktur auf die Dauer der betrieblichen Arbeitszeit in eindringlicher Klarheit. Schlechte Geschäftslage begünstigt den Widerstand der Arbeiter, mehr als 48 Stunden zu arbeiten, veranlaßt den Unternehmer sogar, zur Anpassung an den Konjunkturabschwung an Stelle der Mehrarbeit die Kurzarbeit treten zu lassen. Trotzdem also die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit durch die letztjährige Verschlechterung der Wirtschaftslage gefördert wurde, ist das Erreichte nicht zu unterschätzen. Die über 48stündige Arbeitszeit befindet sich jetzt der Stabilität zugunsten der bis 48stündigen Arbeitszeit in ständigem Rückgang. Die über 54stündige Arbeitszeit, unter die im Mai 1924 noch 13 Proz. der Arbeiter fiel, ist zurzeit nur eine Ausnahme. Ohne Wahrscheinlichkeit der Gewerkschaften wird das allerdings nicht so bleiben. Mit der Besserung der konjunkturellen Wirtschaftslage dürften die Ansprüche des Unternehmers auf Verlängerung der Arbeitszeit auch dort wieder geltend gemacht werden, wo ein Abbau der Mehrarbeit erreicht ist. Der betriebliche Kampf um die Arbeitszeit wird dann erneut und verschärft entbrennen.

Wie sind die Unterschiede in der Arbeitszeit der einzelnen Berufe? Selbst im Reichsbuchschchnitt der einzelnen Industrien zeigen sich sehr große Unterschiede. Darüber hinaus variieren aber auch die Arbeitszeiten desselben Industriezweiges in den verschiedenen Wirtschaftsbezirken. Nach der jüngsten Erhebung ergibt sich für die beteiligten Industrien im Reichsbuchschchnitt das folgende Bild:

	Zahl der erfassten Personen	Von 100 Beschäftigten		
		Standen in Kurzarbeit	waren beschäftigt	über 48 Std.
Baugewerbe	198 238	—	65,2	4,8
Buchdruckgewerbe	93 490	3,6	63,6	2,8
Chemische Industrie	231 405	19,6	73,0	7,4
Holzgewerbe	188 461	20,5	76,8	2,7
Metallindustrie	1 476 862	24,7	53,1	22,2
Schuhindustrie	71 890	36,0	60,6	3,4
Textilindustrie	439 738	31,9	45,2	22,4
Insgesamt	2 700 033	22,9	59,9	17,2

## Die Entwicklung der Arbeitszeit in den Industrien

Erhebungszeit	Erfasste Personen	Von 100 Beschäftigten waren			
		Kurzarbeiter	bis 48 Std.	über 48 Std.	über 54 Std.
<b>Baugewerbe</b>					
Mai 1924	222 392	—	89,0	11,0	2,9
November 1924	240 207	0,7	88,8	10,5	3,4
April 1927	300 837	0,2	87,2	12,6	2,9
Oktober 1927	376 302	—	90,4	9,6	2,0
Oktober 1928	414 086	—	91,1	8,9	1,2
Februar 1930	198 238	—	95,2	4,8	0,5
<b>Buchdruckgewerbe</b>					
Mai 1924	69 411	0,3	50,3	49,4	1,7
November 1924	59 447	0,1	73,4	26,5	0,3
April 1927	83 067	1,5	89,0	9,5	2,0
Oktober 1927	89 902	0,5	80,1	19,4	2,1
Oktober 1928	96 369	1,0	88,0	11,0	2,0
Februar 1930	93 430	3,6	93,6	2,8	0,3
<b>Chemische Industrie</b>					
Mai 1924	196 080	—	56,0	44,0	7,8
November 1924	150 669	5,5	55,7	38,8	5,9
April 1927	176 013	3,0	51,5	45,5	6,8
Oktober 1927	212 660	2,0	63,3	34,7	8,2
Oktober 1928	230 567	3,0	69,6	27,4	7,4
Februar 1930	231 405	19,6	73,0	7,4	1,8
<b>Holzgewerbe</b>					
Mai 1924	219 077	1,3	77,3	21,4	4,6
November 1924	165 184	4,4	80,0	15,6	2,0
April 1927	189 911	4,8	82,0	12,6	2,3
Oktober 1927	213 487	2,4	87,4	10,2	1,5
Oktober 1928	222 180	5,0	86,9	8,1	0,7
Februar 1930	188 461	20,5	76,8	2,7	0,4
<b>Metallindustrie</b>					
Mai 1924	1 269 399	11,1	25,4	63,5	21,1
November 1924	1 324 546	10,2	30,7	53,1	16,6
April 1927	1 255 250	7,1	35,5	57,4	21,3
Oktober 1927	1 441 481	1,8	45,9	52,3	9,5
Oktober 1928	1 525 501	4,4	50,3	34,3	5,0
Februar 1930	1 476 862	24,7	53,1	22,2	3,0
<b>Schuhindustrie</b>					
Mai 1924	69 804	1,2	84,3	14,5	0,3
November 1924	61 124	27,4	64,5	8,1	0,2
April 1927	77 877	5,4	89,2	8,4	0,5
Oktober 1927	80 905	10,9	84,6	4,5	1,0
Oktober 1928	81 879	59,0	37,1	3,9	0,1
Februar 1930	71 899	36,0	60,6	3,4	0,1
<b>Textilindustrie</b>					
Mai 1924	407 360	2,2	15,4	82,4	4,3
November 1924	361 343	14,0	19,9	66,0	3,3
April 1927	449 292	1,9	22,9	75,2	3,9
Oktober 1927	490 103	0,8	31,0	68,2	2,7
Oktober 1928	530 428	25,9	41,5	32,6	0,9
Februar 1930	439 738	31,9	45,2	22,9	0,9
<b>Insgesamt</b>					
Mai 1924	2 453 523	—	45,3	54,7	13,0
November 1924	2 392 820	9,3	45,3	45,4	10,7
April 1927	2 533 147	4,6	47,4	48,0	12,3
Oktober 1927	2 904 849	1,7	55,6	42,7	6,2
Oktober 1928	3 101 078	11,3	62,1	26,6	3,4
Februar 1930	2 700 033	22,9	59,9	17,2	2,0

Zimmer noch außerordentlich stark, trotz großer Kurzarbeit, ist die über 48stündige Arbeitszeit in der Metall- und in der Textilindustrie verbreitet. Aber selbst hier finden wir die größten Unterschiede. So beträgt in der Metallindustrie die über 48stündige Arbeitszeit in Sachsen noch nicht 1 Proz., in Thüringen nur 3,6 Proz., in Berlin-Brandenburg 3,5 Proz., sie erreicht aber 54,2 Proz. in der Nordmark (Samburg, Schleswig-Holstein usw.), 50,5 Proz. im Rheinland und sogar 56,1 Proz. in Westfalen! Für die Textilindustrie gilt ähnliches. In Schlesien arbeiteten 7,2 Proz. der Textilarbeiter über 48 Stunden, in Niedersachsen 6,2 Proz., in der Nordmark 4,0 Proz., aber im Freistaat Sachsen 24,3 Proz., Berlin-Brandenburg 33,3 Proz., in Südwestdeutschland 21,1 Proz. und in Bayern 34,4 Proz., im Rheinland 20,4 Proz., in Westfalen 34,2 Proz.

Von allen Wirtschaftsgebieten hat Rheinland-Westfalen die längste Arbeitszeit. Die Mehrarbeit in der Schwerindustrie beeinflusst die Arbeitszeitregulierung der anderen Industriezweige sehr. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit arbeiteten im Rheinland 37,5 Proz. und in Westfalen 48,8 Proz. der Arbeiter mehr als 48 Stunden. Dieser Umfang an über 48stündiger Arbeitszeit wurde in allen anderen Gebieten Deutschlands auch nicht annähernd

erreicht. In der Erhebungswoche vom 10. bis 15. Februar 1930 betrug die Arbeitszeit im Durchschnitt der sieben oben genannten Industrien in den einzelnen Wirtschaftsgebieten:

Wirtschaftsgebiete	Zahl der erfassten Personen	Von 100 Beschäftigten	
		Standen in Kurzarbeit	waren beschäftigt
Südwestdeutschland	248 387	37,1	54,0
Bayern (ohne Pfalz)	105 032	23,7	58,1
Rheinland	371 366	19,4	42,8
Westfalen	189 392	20,0	25,2
Hessen, Hessen-Nassau	134 848	31,4	57,8
Thüringen	85 794	23,5	65,5
Braunschweig u. Anhalt	136 121	16,3	72,8
Freistaat Sachsen	360 610	32,8	56,5
Berlin-Brandenburg	531 344	16,8	77,3
Schlesien	128 837	22,5	68,0
Niederrhein	150 173	14,1	71,2
Nordmark	130 640	9,2	68,4
Pommern	24 668	13,2	78,3
Ostpreußen	14 761	15,3	76,3

In diesen Zahlen spiegelt sich das Chaos der heutigen, von privatwirtschaftlichen Bedürfnissen bestimmten Arbeitszeitregulierung: Mehrarbeit und Kurzarbeit und drückende Arbeitslosigkeit am gleichen Orte!

Doch auch eine andere Erkenntnis ermittelt uns das in den Tabellen niedergelegte Zahlenbild. Erschütterungen des Arbeitsmarktes, wie sie die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft erzeugen, unter denen wir jetzt ganz besonders leiden, sind nicht allein durch Verminderung von Überstunden zu beheben. Die Beseitigung der über 48stündigen Arbeitszeit im Ruhrgebiet und auf den Werften, der Mehrarbeit in einem Teil der Textilindustrie reicht nicht aus, um das Arbeitslosenproblem zu lösen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu mindern. Eine von arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten geleitete gesetzgeberische Arbeitszeitregulierung ist notwendig, eine Regelung, die den Erfordernissen der rationalisierten, menschliche Arbeitskräfte fortlaufend freisetzenden Wirtschaft entspricht und eine angemessene Senkung der Arbeitszeit auch unter 48 Stunden durchführt.

## Die Unternehmer als Sozialreformer

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat den diversen Denkschriften, die sie zu den verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Fragen der letzten Jahre herausgab, eine weitere folgen lassen, betitelt: „Die Reform der Sozialversicherung — eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“. Schon dieser Titel der Denkschrift zeigt an, daß sie die gleichen Tendenzen verfolgt wie die früheren ähnlichen Veröffentlichungen, nämlich: durch eine einheitliche und sozialmäßigere Darstellung der sozialen Verhältnisse die Öffentlichkeit gegen die Sozialversicherung einzunehmen und für deren Abbau genügt zu machen. Entsprechend sind auch die Vorschläge der Denkschrift gehalten. Es ist wohl kein Zufall, daß die Herausgabe der Denkschrift gerade in dem Augenblick erfolgt, wo das Kabinett Müller seinen Rücktritt erklärte und eine Regierung an seine Stelle tritt. Die Herren Unternehmer haben alles sorgfältig vorbereitet. Der Sturz der Regierung hat sich programmäßig vollzogen, und nun ist die Denkschrift dazu bestimmt, den neuen Männern die Richtlinien zu geben, wie die sozialpolitischen Abbau- und Steuerentlastungspläne auf Kosten der arbeitenden Volksschichten zur Durchführung gebracht werden sollen.

Derartige Absichten offen zugestehen, unterläßt selbstverständlich die Denkschrift der Unternehmer. Im Gegenteil braudt sie recht große Worte, um Wert und Notwendigkeit der Sozialversicherung ausdrücklich anzuerkennen. Nur will das wenig besagen! Es ist die übliche Schaum-schlageri, der das Einleiten folgt. Das gleiche trifft für die Bereitwilligkeitserklärung der Unternehmer zur Mitarbeit an einer Reform der Sozialversicherung und loyalen Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern zu. Dient diese Bereitwilligkeitserklärung doch nur dazu, die Unternehmerabsichten der Öffentlichkeit gegenüber in ein möglichst günstiges Licht zu stellen, als auch von dieser Erklärung die Mitverantwortlichkeit der Arbeitgeber für die weitere Entwicklung der Sozialversicherung sowie die Berechtigung zur Kritik an der angeblichen Überspannung des Versicherungsaufwandes und den behaupteten arbeits- und volkswirtschaftlichen Schädigungen des bestehenden Verhält-

rungsstems abzuleiten. Wären hiermit keine demagogischen Nebenabsichten verbunden, so hätte es einer solchen Erklärung gar nicht bedurft. Nach dem geltenden Versicherungsrecht steht den Arbeitgebern bei der Sozialversicherung ohne weiteres ein Mitbestimmungsrecht zu. Die Unfallversicherung liegt sogar vollständig in ihren Händen, während die Arbeitnehmer darauf keinen Einfluss ausüben. Dieser Zustand schließt selbstverständlich auch eine Mitverantwortung der Arbeitgeber ein. Im übrigen steht das Recht zur Kritik an den staatlichen und sozialen Einrichtungen schließlich jedem zu und ist anzuerkennen, soweit es sich um eine sachliche und von der Absicht getragene Kritik handelt, welche zu bessern.

Von dieser Sachlichkeit und Absicht bleibt jedoch die Denkschrift weit entfernt. Sie beurteilt die Sozialversicherung und deren Leistungen lediglich von dem sozial kurzfristigen und einseitigen Interessenstandpunkt des Unternehmers. Deshalb ist die mit der Denkschrift verfolgte Absicht nicht auf eine Verbesserung der bestehenden sozialen Einrichtungen und Leistungen, sondern auf deren Verschlechterung zugunsten der Arbeitgeber und zum Nachteil der Arbeitnehmer gerichtet. Darüber vermögen keinerlei Loyalitätsbetuerungen oder Erklärungen, daß an dem öffentlich-rechtlichen Charakter und der organisatorischen Gliederung der Sozialversicherung festgehalten werden soll, hinwegzuführen. Letztere Erklärung kann sogar als Beweis dafür angesehen werden, daß den Unternehmern an einer fortschrittlichen Reform der Sozialversicherung nichts gelegen ist, ja daß sie diese nicht wollen, weil eine solche Reform ohne eine organische Umwandlung nicht möglich ist. Im übrigen bietet der kritische Inhalt der Denkschrift und ihre Forderungen für diese Tatsache hinreichend weitere Belege.

Was in dieser Hinsicht als Material gegen die Sozialversicherungsleistungen und für ihre angeblich die Arbeits- und Volksmoral untergrabenden Wirkungen angeführt wird, ist nicht neu! Seit Jahren werden von den Unternehmern immer wieder die gleichen Schauermärchen über Arbeitsverbreiter, die im Bezug der zu unrecht erschöpflichen Rentenleistungen ein Faulenzer- und Schlemmerleben führen. Nicht minder haben sich seit Bestehen der Sozialversicherung immer sogenannte Wissenschaftler gefunden, die in „tiefgründigen“ Gutachten den Nachweis versuchten, daß jede soziale Rentengewährung von Ubel sei, weil sie Arbeitsunlust erweckt und die Energie zur Überwindung körperlicher Gebrechen vermindert. Was auf diesem Gebiete geleistet werden kann, zeigen die Veröffentlichungen des Professors Horneffer, der es sogar fertig brachte, die Sozialversicherung als einen „Frevler am Volke“ zu bezeichnen. Eigentümlich genug hat sich von dieser Seite noch niemand gefunden, der diese oder ähnliche Vorwürfe gegen das private Versicherungswesen erhob, obwohl doch hier viel größere Mißstände bestehen, Betrug, Brandstiftung, selbst Morde vorkommen, um die Versicherungsleistungen zu erlangen. Freilich handelt es sich hierbei nicht um soziale, sondern um kapitalistische Einrichtungen.

Nicht zu bestreiten ist, daß die Aufwendungen der Sozialversicherung seit dem Jahre 1913 beträchtlich gestiegen sind. Es ist das im gewissen Umfange ein ganz natürlicher Vorgang. Trotz ihrer Höhe bewegen sich die sozialen Aufwendungen aber doch immer im Rahmen des Erträglichen, wobei außerdem darauf hinzuweisen ist, daß die eingetretene Steigerung nicht in der Höhe der Leistungen, sondern überwiegend in den Folgen des verlorenen Krieges ihre Ursachen hat. Man hat es also dabei mit Notwendigkeiten zu tun, denen sich die Wirtschaft unter keinen Umständen entziehen kann. Das um so weniger, als sich die Leistungen der Sozialversicherung auf allen Gebieten trotz der eingetretenen Erhöhungen noch immer auf ein Mindestmaß beschränkt, die keine Herabsetzung gestattet. Beträgt doch z. B. die derzeitige durchschnittliche Monatsrate bei der Invalidenversicherung nur 35 M., ein Betrag, der nicht einmal für den notwendigsten Lebensunterhalt ausreicht. Ähnlich unzureichend sind die Leistungen der anderen Versicherungszweige, wie die Tatsache erkennen läßt, daß die Gemeinden in zunehmendem Maße gezwungen sind, sie durch besondere Unterstellungen zu ergänzen. Wenn demnach die Denkschrift behauptet, daß ihre Vorschläge das Ziel verfolgen, Umfang und Leistungen der Sozialversicherung den nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen sowie Rechtsgrundlagen zu schaffen, die eine unbedingte und schädliche Ausnützung der sozialen Einrichtungen verhindern, so ist das nichts anderes als demagogische Fressführung.

Wie soll nun nach den Vorschlägen der Denkschrift diese Verbesserung herbeigeführt werden? Als Kernstück der Reform wird zunächst die Krankenversicherung hergenommen. Hier soll vor allem das Selbstverantwortungsgefühl und die Selbsthilfe der Versicherten angespannt werden, um Mittel zu gewinnen, die wirklich Hilfsbedürftigen in schweren Fällen ausreichend zu behandeln. Zu diesem Zwecke sollen die Versicherten an den Arznei- und Heilmitteln sowie bei der Entnahme des Krankengeldes stärker beteiligt, eine zwangsweise Wartezeit bei Krankengeldbezug und eine Einschränkung der „Bagatelldfälle“ eingeführt werden, worunter leichtere Erkrankungen zu verstehen sind. Ferner werden Vorschläge gemacht zur Kranken-geldpolitik der Krankenkassen, zur Bemessung des Höchstgrundlohns, zur Wiedereinführung der Krankengeldgewährung für den Arbeitstag, zur Beitragshöchstgrenze und zur Familienkrankenpflege. Für die Arbeitgeber wird eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechts, die weitere Erhaltung der Betriebs- und Sonderfällen sowie ein berufständischer Aufbau der Krankenversicherung gefordert. Der Schaffung von öffentlich-rechtlichen Kassenzwangs-

verbänden tritt die Denkschrift entgegen und fordert die Beschränkung auf freiwillige Kassenzwangsorganisationen.

In diesem Sinne gehen die reaktionären, gegen den gegenwärtigen Stand der Krankenversicherung gerichteten Vorschläge weiter. Ähnlich bei den übrigen Versicherungszweigen. Das Ergebnis ist: die Ablehnung aller weiteren Leistungssteigerungen, die Rückwärtsveränderung der Sozialversicherung und die Verhinderung jeden Fortschritts. Als Erfolg der Durchführung dieser „Reform“ wird mit der Erparnis von einigen hundert Millionen gerechnet. Möglich, daß die Hoffnung in Erfüllung gehen würde, wenn die Vorschläge der Unternehmer zur Durchführung kämen. Wie sich die Arbeiterchaft, insbesondere die Gewerkschaften dazu stellen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Hier gibt es nur eins, und zwar glatte Ablehnung! Was in jahrgelungelanger mühsamer Arbeit aufgerichtet und an Ertragenschaften gewonnen wurde, läßt sich die Arbeiterchaft nicht entreißen. Ebenso wenig ist sie gewillt, sich die Wege zu weiteren Fortschritten verbauen zu lassen. Sie steht Reformabsichten und dahingehenden Forderungen nicht entgegen, diese müssen aber auf einen sozialen Fortschritt verbiten. Was die Denkschrift der Unternehmer will, ist Rückschritt, Zerplitterung und Verschlechterung der Sozialversicherung! Deshalb müssen die Forderungen der Unternehmer mit aller Schärfe und Entschiedenheit als undiskutabel zurückgewiesen werden! X X

### Zur Wohnungsfrage

Am Wohnungsmarkt besteht zur Zeit ein Mangel in einer Höhe von mehr als einer Million Wohnungen. Dieser riesenhafte Fehlbetrag wurde durch die zerstörende Wirkung der Inflation geschaffen, soweit er nicht schon in der Vorkriegs-, Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit entstand. Zimmer sind von 1919 bis Ende 1928 1.650.000 Wohnungen gebaut worden. Diese gewiß recht beachtliche Zahl reicht aber nicht im entferntesten aus, unser Wohnungsbedürfnis zu befriedigen; denn nicht nur der Normalbedarf, der jährlich 250.000 Wohnungen beträgt, die unbedingt gebaut werden müssen, damit diese Wohnungsnot nicht noch größer wird, sondern auch der Umstand, daß gegenwärtig ungefähr 300.000 Wohnungen zum Abbruch reif sind (zu denen jährlich 30.000 hinzutreten), zwingen uns dazu, unseren Wohnungsbau nachhaltig zu steigern.

Das Baujahr 1929 hat, wenn man das durch den strengen Winter bedingte späte Einsetzen der Bautätigkeit berücksichtigt, im Vergleich mit dem Baujahr 1928 nicht ungünstig abgechnitten. Der Reinzugang betrug 1929 rund 320.000 Wohnungen, gegen 296.000 im Jahre 1928; da der Normalbedarf pro Jahr 250.000 Wohnungen beträgt, ist also im vergangenen Baujahr eine Zunahme an Neubauten gegenüber dem Normalbedarf um etwa 25 Prozent festzustellen. Von den 9 Milliarden betragenden Kapitalkosten, die im letzten Jahre im Bauwesen verwendet worden sind, sind 3 1/2 Milliarden den gewerblichen Bauten, 2 Milliarden den öffentlichen Bauten und 3 1/2 Milliarden dem Wohnungsbau zugeflossen. Dieses relativ günstige Ergebnis konnte allerdings nur dadurch erreicht werden, daß die Kommunen durch forcierte Mittelbeschaffung den Wohnungsbau unterstützen, was in einer Vermehrung der schon bestehenden Schuld der Kommunen zum Ausdruck kam. Außerdem ist als Grund dieses günstigen Ergebnisses die Tatsache anzuführen, daß die für den Wohnungsbau im Jahre 1928 bereitgestellten Mittel teilweise erst 1929 in Anspruch genommen wurden. Obwohl die Unterstützung durch die Kommunen als auch durch die Sparkassen und Banken wird im Jahr 1930 empfindlich nachlassen, so hat z. B. die Stadt Berlin für 1930 gewaltige Einschränkungen ihres Bauprogramms vorgezogen, und ähnliches haben auch noch andre Städte vor. Diese schlechte Aussicht für das Baujahr 1930 ist um so gefährlicher, als die Bauindustrie mit etwa zwei Millionen Beschäftigten und einer Jahresleistung von 9 Milliarden Mark ein starker Pfeiler unserer Weltwirtschaft ist; eine Krise in der Bauindustrie würde daher unser ganzes Wirtschaftsleben empfindlich beeinträchtigen und schädigen.

Das Jahr 1929 brachte der deutschen Bauwirtschaft trotz der größeren Bautätigkeit einen starken Konjunkturausschlag, der nicht von der Bedarfs-, sondern von der Kapitalseite herriß. Gründe dieser Verschlechterung der Lage sind in der Verschärfung des Wettbewerbs und des Zwangs zur Steigerung der Rationalisierung zu erblicken; außerdem ist die Steigerung der Baukosten an der Verschlechterung maßgebend beteiligt (Index 1928: 172, 1929: 180); denn der Umfang der Bautätigkeit hängt auch von der Höhe der Baukosten ab. Sind sie so hoch, daß sie durch die Miete nicht verzinst und amortisiert werden können, so kann eben nicht gebaut werden. Die Steigerung der Baukosten ist vornehmlich auf die hohen Zinssätze zurückzuführen; während vor dem Kriege mit 4 bis 6 Prozent verzinst wurde, müssen heute 9 bis 12 Prozent gezahlt werden. Auch in der Baustoffindustrie ist die Lage nicht rosig. Die Abschwächung ihres Absatzes ist zum Teil auch durch die Verkleinerung des Rauminhalts zu erklären, da eine stetig wachsende Zahl von Kleinwohnungen gebaut wurde. Im Hinblick auf diese schiefen Lage ist es daher nicht verwunderlich, wenn die Insolvenzen in der Bauindustrie von 481 auf 637, die Vergleichsverfahren von 135 auf 219 und die Verluste von 27 auf 34 Millionen stiegen.

Die Finanzierung der Neubautätigkeit erfolgte zum größten Teil mit öffentlichen Mitteln (1,2 Milliarden), dann folgte das Privatkapital mit 1,32 Milliarden und schließlich das Eigenkapital der Bauherren mit

730 Millionen Mark. Dazu ist zu bemerken, daß die Finanzierung mit öffentlichen Mitteln nicht ins Angemessene steigen darf, denn die öffentliche Baufinanzierung hat ihre natürlichen Grenzen in dem Aufkommen an öffentlichen Mitteln, und niemand wird die Forderung vertreten, die Steuern noch mehr zu erhöhen, um den Mehrbetrag dem Baumarkt zuzuführen; nur bei starker Beteiligung des Privatkapitals ist das erstrebte Ziel zu erreichen. Dem stehen allerdings gegenwärtig die hohen Zinssätze entgegen; nur bei Senkung der Zinssätze ist eine Rentabilität des Wohnungsbaues auch bei niedriger Miete möglich. Neben den Sparkassen standen im letzten Jahr bei der Finanzierung des Wohnungsbaues die Lebensversicherungsgesellschaften an erster Stelle mit 300 Millionen Mark, während der Anteil der privaten Hypothekendarlehen zurückging; das Bauparwesen nahm ebenfalls einen starken Aufschwung. Besonders hervorzuheben ist, daß die Volksfürsorge an der Neubaufinanzierung erheblichen Anteil hat; sie gab seit Beendigung der Inflation neben den für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellten beträchtlichen Mitteln 35 Millionen Mark für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau her, und zwar zu weit günstigeren Bedingungen als auf dem freien Kapitalmarkt; die Volksfürsorge gedenkt auch fernerhin die Bautätigkeit finanziell tatkräftig zu unterstützen.

Das Nachlassen der Baukonjunktur ist zu einem wesentlichen Teil dem Mangel an Auslandsanleihen zuzuschreiben (1929 nur 327 Millionen), da die Bezatungstelle für Auslandsanleihen den Wohnungsbau selber nicht als produktiv anerkennt. Da im Jahre 1930 für Baufinanzierungszwecke ebenfalls keine Auslandsanleihen in Frage kommen dürften, und da allerorten bei geplanten Sparmaßnahmen in der Regel zuerst die Bautätigkeit beschränkt wird, ist für 1930 im Vergleich mit 1929 mit einem Baukapitalrückgang von 15 bis 20 Prozent zu rechnen. Im Zusammenhang mit dieser Baukapitalknappheit und den hohen Zinssätzen wäre vielleicht auch die Frage aufzuwerfen, ob sich das Bauen von Wohnungen, die mehrere Menschengenerationen überdauern sollen, noch rechtfertigen läßt und ob es nicht müßiger wäre — wenn gleich es der gegenwärtigen Baugesinnung widerspricht —, das geringe Baukapital zum Bau von leichten und billigeren Wohnungen zu verwenden, und dadurch dem Wohnungselend rascher abzuhelfen.

Am 28. Februar dieses Jahres wurde das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz ein Jahr verlängert, nachdem von der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen sowie von den Haus- und Grundbesitzervereinen, unterstützt von Unternehmern, Handelskammern, Banken, Großhandel, Landwirtschaft und Industrie eine Petition gegen die Verlängerung dieser Gesetze durch die Reichsminister der einzelnen Länder hat es nicht geschafft und sie haben leider auch teilweise Erfolg gehabt; so zum Beispiel bei der Herausnahme der gewerblichen Räume und der teureren Wohnungen aus dem Gesetz. Durch Freigabe der teureren Wohnungen werden auch die breiten Massen in Mitleidenschaft gezogen, denn diese wandern dann in die kleineren und billigeren Wohnungen ab, was nicht ohne Folge auf Nebenleistungen (hohe Instandhaltungskosten usw.) bleibt.

Die Wohnungszwangswirtschaft ist kein Idealzustand, aber es ist in absehbarer Zeit nicht möglich, sie aufzugeben. Der Übergang von der Wohnungszwangswirtschaft zum freien Wohnungsmarkt ist besonders an zwei Voraussetzungen gebunden: erstens ist das Sinken des Zinsniveaus unbedingt erforderlich, und zweitens muß der Wohnungsbestand im wesentlichen abgebaut sein, damit die Mieten der Wohnungen und der Neubauten sich dem allgemeinen Preisniveau annähern. Die Zwangswirtschaft ist am längsten aufrechtzuerhalten bei den Wohnungen der minderbemittelten Bevölkerungsschichten.

In nächster Zeit ist also an eine freie Wohnungswirtschaft nicht zu denken, zu welchem Schluß auch die kürzlich veröffentlichten Untersuchungen des Konjunkturrinstituts gelangte. Mieterschutz und Wohnungszwangswirtschaft sind durch das hohe Zinsniveau und den niedrigen Einkommensstand der breiten Massen unbedingt erforderlich. Wie lange die Zwangswirtschaft aufrechterhalten werden muß, läßt sich noch nicht übersehen; jedenfalls kann nur eine zielbewusste, planmäßige Bautätigkeit die Voraussetzungen für die völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft schaffen. Fk.

### Weitere Konzentration im Schriftgießergewerbe

Wie wir vor kurzem an dieser Stelle darlegen konnten (vergl. „Korr.“ Nr. 8 „Konzentration im Schriftgießergewerbe“), sind im Schriftgießergewerbe starke konzentrationen Interessentenverbindungen und Kapitalverflechtungen vorhanden, die deutlich das Streben nach einer wirtschaftlichen und monopolistischen Monopolstellung erkennen lassen.

Diese Konzentrationenbestrebungen nehmen ihren Fortgang, und erst kürzlich ist im Interessentenkreis des Konzerns Berthold-Messinglinien ein neuer Zusammenschluß erfolgt. Die Schriftgießerei E. Stempel AG. in Frankfurt a. M., die Bauersche Schriftgießerei in Frankfurt a. M. und die Firma H. Berthold, Messinglinienfabrik und Schriftgießerei AG. in Berlin haben mit der Firma Gensjck & (Fortsetzung auf Seite 180)

# Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Ludwig Schumann in Leipzig  
Eingetreten: 10. April 1870  
Jetzt Invalide



J. W. G. Möller in Hamburg  
Eingetreten: 23. Mai 1870  
Jetzt arbeitslos

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Joseph Köhl in München  
Eingetreten: 29. März 1880  
Jetzt Invalide



Otto Scheidemann in Leipzig  
Eingetreten: 10. April 1880  
Brelkopf & Härtel in Leipzig



E. Max Kühn in Leipzig  
Eingetreten: 10. April 1880 — Erlicher  
bei J. Altkhardt, Leipzig (ausgeh.)



Friedr. Wehlmann, Leipzig  
Eingetreten: 13. April 1880  
Jetzt Invalide



Georg Kreschmar in Berlin  
Eingetreten: 11. April 1880 in Leipzig  
Buchdruckwerkstätte GmbH, Berlin



Theodor Ettner in Berlin  
Eingetreten: 11. April 1880  
Jetzt Invalide



Karl Pinda in Berlin  
Eingetreten: 15. April 1880  
Jetzt Invalide



Reinhard Kothe in Cera  
Eingetreten: 11. April 1880  
Jetzt Invalide



Albin Lorenz in Halle a. d. S.  
Eingetreten: 11. April 1880 — Karas,  
Kreber & Meischmann, Halle a. d. S.



Franz Wolf in Dessau  
Eingetreten: 11. April 1880  
Jetzt Invalide



August Schröder in Dresden  
Eingetreten: 12. April 1880  
Jetzt Invalide



Max Wolf in Dresden  
Eingetreten: 12. April 1880  
Thiemig & Möbius in Dresden



Gotthard Strund in Lübeck  
Eingetreten: 12. April 1880  
Jetzt Invalide



Chr. Barner in Hamburg  
Eingetreten: 1. März 1880  
Jetzt Invalide



C. W. C. Zahn in Hamburg  
Eingetreten: 13. März 1880  
Geislich & Heise in Hamburg



J. G. D. Bedmann, Hamburg  
Eingetreten: 11. April 1880  
„Hamburger Wörsenhalle“



W. J. Gäde in Hamburg  
Eingetreten: 11. April 1880  
Jetzt Invalide



C. P. W. Löhde in Hamburg  
Eingetreten: 11. April 1880  
Jetzt Invalide



L. E. A. Dape in Hamburg  
Eingetreten: 11. April 1880  
Jetzt Invalide



J. Groß in Hamburg  
Eingetreten: 2. Mai 1880  
Jetzt Invalide



E. v. d. Ahé in Hamburg  
Eingetreten: 17. Mai 1880  
„Vergedorfer Volksblatt“

(Fortsetzung von Seite 184)

Sejse, Schriftgießerei u. G. in Hamburg-Münchcn, eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Durch diese Transaktion hat der Konzern Berthold-Messinglinien mit der Firma D. Stempel u. G. in Frankfurt am Main, mit der in Auslandsgegenden — besonders in Budapest und Basel — seit längerer Zeit gemeinsame Ziele verfolgt werden, nun auch die erste inländische Vereinbarung getroffen. Die neue Interessengemeinschaft bedeutet die Befestigung der bisher außerfall der Konvention für Schriftguss bestehenden Konkurrenz der Firma Geislich & Hejse, die sich seither in ihren Produkten stark preisbrüdernd am Markt gezeigt hatte. Die Interessengemeinschaft ist dadurch sichergestellt worden, daß die Mehrheit des 1,2 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Firma Geislich & Hejse in den Besitz von Berthold, Stempel und Bauer übergegangen ist. Die drei Firmen sind in der Lage, den Erwerb aus ihren reichlich vorhandenen flüssigen Mitteln bezahlen zu können.

Der Abschluß des Interessengemeinschaftsvertrags fällt zeitlich zusammen mit der Veröffentlichung des Geschäftsergebnisses der Schriftgießerei D. Stempel. Die einzelnen Bilanzposten lassen auf einen gesunden Status und auf eine vorzügliche Rentabilität dieses Unternehmens schließen. Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1929 — das 25. der Aktiengesellschaft — weist einschließl. Vortrag nach Abschreibung von 305 329 M. (im Vorjahr 290 767 M.) und nach Abzug der Forderungen einen Reingewinn auf von 727 500 M. (im Vorjahr 469 082 M.), aus dem 100 000 M. (im Vorjahr 0 M.) der Rücklage für Außenstände sowie 60 000 M. (wie im Vorjahr) der David-Stempel-Stiftung überlassen wurden und eine Dividende von 10 Proz. (wie im Vorjahr) zur Verteilung kommt. Aus Anlaß des Jubiläumserhalten die glücklichen Aktionäre noch eine Extradividende von 2 Proz.; außerdem stehen noch 60 000 M. für den Vorstand und, wie es heißt, für die Angestellten und Arbeiter zur Verfügung. Wie im einzelnen die Verteilung erfolgen soll, ist vorläufig nicht bekannt. Nach Abzug der fahrgungsmäßigen Forderungen des Aufsichtsrats kann auf neue Rechnung die hübsche Summe von 97 057 M. (im Vorjahr 64 417 M.) vorgetragen werden.

Man darf auf die Weiterentwicklung im Schriftgießergewerbe und im besondern innerhalb des Interessentkreises des Konzerns Berthold-Messinglinien gespannt sein. Zusammenschlüsse in der Rechtsform der Interessengemeinschaft bilden heute in der Regel die Vorstufe zur Konsolidation, d. h., zur Vertikalisierung. Das organisierte Unternehmertum ist sich darüber klar geworden, daß es durch lose Konventionen und kartellmäßige Vereinbarungen seinen Zweck — die Ausschaltung der Konkurrenz und die Beherrschung des Marktes — nicht erreichen kann. Deshalb beschreitet man den Weg der faktualistischen Verbindungen durch Abschluß von Interessengemeinschaftsverträgen und durch finanzielle Einflußnahme, wie das bei den drei genannten Firmen gegenüber der Schriftgießerei Geislich & Hejse der Fall ist.

Für die Arbeiterschaft ergibt sich die Notwendigkeit, die Weiterentwicklung kapitalistischer Interessensverbindungen mit offenen Sinnen zu verfolgen. Monopolbildungen müssen in ihren Anfängen beobachtet werden. Diese Mahnung gilt nicht nur für die Arbeiter und Angestellten, sondern nicht zuletzt für die gesetzgebenden Organe und darüber hinaus für die Öffentlichkeit. Es ist schon so viel

gesprochen und geschrieben worden über die Notwendigkeit der Kontrolle monopolartiger Gebilde, wie Kartelle, Konzerne und Trusts. Der im Jahr 1928 abgehaltene Juristentag hat in einer Entscheidung grundsätzl. zum Ausdruck gebracht, daß Monopole überwacht werden müssen, und der damalige Reichsminister Koch-Weser hat eben auf dieser Tagung mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß der Staat künftig auf eine Kontrolle der Kartelle und Trusts nicht verzichten könne. Aber wenn solche Gebilde einmal ausgewachsen, d. h. organisiert sind und — wie dies bei faktualistischen Konzentrationen in der Regel der Fall ist — auch nach erfolgter Konsolidation nur in Form einer Aktiengesellschaft als Einheitsunternehmen in Erscheinung treten, wird ein auf diese Weise entstandener Trust in seiner juristischen Unternehmungsform kaum Aufsehen erregen. Die Bezeichnung, die sich die industriellen und kommerziellen Organisationen selber geben, deuten in den wenigsten Fällen auf ihren wirklichen Zweck hin. Ein Trust wird sich fast nie als solcher bezeichnen, sondern meistens in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft als Einheitsunternehmen in Erscheinung treten, und Kartelle pflegen sich gewöhnlich harmlos „Verbände“ zu nennen. Kartell, Syndikat, Trust, Konzern — alle diese Begriffe sind terminologisch wenig scharf umrissen und wechseln ihren Sinn in der Praxis wie in der Wissenschaft fortwährend. Den Monopolkartell- oder kombinierten und kartellierten Unternehmen wird man selten oder nie aus dem Namen der Organisation oder deren Satzungen erkennen können, sondern nur aus ihrer Entwicklung und aus ihren Taten.

### Korrespondenzen

**Hulsum.** Am 16. März fand hier eine von der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft veranstaltete Filmvorführung „Der Kampf mit dem Unfallteufel“ statt, die einen guten Besuch der Kollegen sowie der Lehrlinge und Hilfsarbeiter aufwies. Besonders interessant waren die Ausführungen des Kollegen Kauscher (Hamburg), der Streikführer durch den Jahresbericht der Sektion 10 der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft gab. Ein Film „Achtung, aufgepaßt!“ veranschaulichte so recht, wie leicht man durch Unvorsichtigkeit seine Gesundheit einbüßen kann. Ein Bekehrungsfilm aus Elberfeld fand bei den Zuhörern reichlich Beifall.

**Magdeburg.** (Korrektoren.) Zum zweiten Male seit der organisatorischen Neugestaltung fanden sich die Mitglieder unzer Gewerkschaft zu einer Versammlung am 16. März zusammen, und zwar diesmal in Halle. Wer noch im Zweifel darüber war, daß es im Gau aufwärts geht, wurde durch den Besuch dieser Tagung eines Besseren belehrt. Alle der Sparte angehörenden Ortsgruppen des Saalegaues waren vertreten, wenn auch die Beteiligung der Mitglieder des Proleten Magdeburg sehr zu wünschen übrig ließ. Im Aussehen, womit man aber nicht nur die Bequemlichkeit-nerden will, dürfen die Säumigen kaum verlesen sein. Demgegenüber sieht der Dopsinn jener Kollegen angenehm ab — das muß einmal anerkennend erwähnt werden —, die in weit abgelegenen Orten wohnen, es sich aber trotz früherer Abfahrtszeit nicht nehmen ließen, an der Zusammenkunft teilzunehmen. Der Vorsitzende Buchholz eröffnete mit Begrüßungsworten die Tagung. Besonders begrüßte er Gauvorsitzer König (Halle) sowie den als Referenten gewonnenen Herrn Studentrat Sieber (Halle), die Leipziger Kollegen, darunter den neuen Vorsitzenden des Leipziger Korrektorenvereins, Kollegen Staud, und den Orts- und Bezirksvorsitzenden des Ortsvereins Halle, Kollegen Kriebelstahl. Gleiche Begrüßungsworte richtete der Vorsitzende der Korrektorenvereinigung

Halle, Kollege Grüßbach, an die Erschienenen. Sämtliche Genannten würdigen der Tagung einen guten Verlauf. Nach diesen Formalitäten erhielt Herr Studierant Stieber das Wort zu seinem Vortrag: „Die Schwierigkeiten in der deutschen Rechtsprechung“. Der Vortragende zeigte in geschickter und verständlicher Weise, gestützt auf die Erfahrungen eines mit der Zeit gehenden Lehrers, die Unrichtigkeiten und Widersprüche der herrschenden Rechtsprechung auf, die durch den neuen Duden nicht weniger, sondern mehr geworden seien. Er betonte die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform und die Zweckmäßigkeit der Errichtung eines Sprachamtes. Der Vortragende fand mit seinen Forderungen bei den Zuhörern lebhaftes Echo. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis, so wurde in lebhafter Wechselrede zum Ausdruck gebracht, müsse endlich auch hier zum Ziele führen. Der Vorsitzende streifte sodann kurz das Ergebnis der Mantelkartellverhandlungen. Kollege König griff wiederholt in die rege Aussprache ein und unterrichtete ein. Ihr Ergebnis war die einstimmige Annahme einer Entschleunigung, in der schärfste Mißbilligung darüber zum Ausdruck kam, daß auch bei den diesmaligen Mantelkartellverhandlungen keine grundlegende Norm über die Arbeitsleistung der Korrektoren geschaffen wurde. Der noch vorliegende Antrag, die Verammlung der Gauvereinigung nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt; statt dessen aber eine Erhöhung des Beitrags beschlossen, um die jährliche Abhaltung der Verammlung sicherzustellen. Die nächste Verammlung der Gauvereinigung findet 1931 in Magdeburg statt. Die Neuwahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. — Ein sich der Verammlung anschließender Spaziergang in das Gaaleal vereinigte die Kollegen bis zum Abgang der Züge. Man schied in dem Bewußtsein, einer guten Sache geht es zu haben.

**Hamburg a. d. S.** (Vierteljahrsbericht.) In unzer gut besuchten Hauptverammlung im Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, der gedruckt vorlag, gleichzeitig der Kassierer den Kassensbericht für das vierte Vierteljahr 1929. Die Kassensverhältnisse sind infolge der starken und langen Arbeitslosigkeit nicht besonders gut. Der Beitragsbeitrag mußte demzufolge erhöht werden. Die Vorstandswahlen ergaben größtenteils Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Gauvorsitzer Wislaug referierte sodann über die Gauvorsitzerkonferenz. — In der Februarverammlung wurde ein Kollege wegen Resten gestrichen. Aus Anlaß des 50jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Fr. Sänger und des 50jährigen Berufsjubiläums zweier Kollegen wurde beschlossen, am 20. April eine Abendfeier zu veranstalten. — Die Märzverammlung brachte als besonderen Punkt den Bericht über die Mantelkartellverhandlungen und über die letzte Bezirksvorsitzerkonferenz, die dazu Stellung genommen hatte. Konnte das Ergebnis auch nicht allgemein befriedigen, so lag in der Diskussion doch zum Ausdruck, daß in Würdigung der großen Schwierigkeiten die Tätigkeit unzer Vertreter anzuerkennen ist und daß die Annahme zu empfehlen sei. Berichte über Sitzungen des Ortsausschusses und des Sozialistischen Kulturkartells wurden gegeben. Die seit etwa dreiviertel Jahren anhaltende laue Lage auf dem Arbeitsmarkt bricht sich auch weiterhin durch zahlreiche Arbeitslose und Kurzarbeiter aus.

**Reise (D. S.).** Unzer Versammlung am 16. März fand in dem Zeichen der Feier des 40jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Wogwod. Kollege Kowaczek, der aus Breg anwesende Bezirksvorsitzende Spiwoz sowie der Vorsitzende des Meister Kartells, Schippe, feierten den Jubilär in ehrenden Ansprachen und hoben besonders seine Verdienste um den Verband hervor, die er sich als Mitbegründer des Ortsvereins, als Ortsvereinsvorsitzender und als Bezirkskassierer in schwierigen Zeiten erworben hat. Ortsvorsitzender Wotke überreichte sodann dem Jubilär namens des Ortsvereins ein Erinnerungsgeschenk. Hierauf wurde die Tagesordnung

### Wie und wozu verwende ich meine Freizeit?

Heutzutage könnte diese Frage etwas komisch klingen, denn schließlich hat der Arbeitslose so viel Freizeit, daß er tatsächlich nicht weiß, was er damit machen soll; aber diese Freizeit ist eine aufgewungene und um diese handelt es sich hier nicht. Wir wollen vielmehr über die Freizeit sprechen, die nach einem langen Arbeitstag übrigbleibt. Es ist ja noch gar nicht so lange her, da konnte man diese Frage noch nicht aufwerfen. Erst mit der erzwungenen Einführung des Achtstundentages tauchte die Frage für den Arbeiter auf. Die Antwort dürfte man eigentlich schon bei der damaligen Proklamierung der Achtstundentagsforderung gefunden haben. Abgesehen von allem andern wollte man, daß der Arbeiter freie Zeit bekomme, um sich auch mit andern Dingen, als nur mit seiner Arbeit zu beschäftigen. Die Arbeiter wollten keine Arbeitstiere mehr sein. Diese andern Dinge sollten Erholung von der Arbeit sein, sowohl geistig als auch körperlich. Heute muß man sagen, daß die Durchföhrung des Sozialismus ein ganz großes Werk vollbringen wird: die Arbeitermassen werden mehr und mehr in den Stand versetzt, an den allgemeinen Bildungsgütern teilzunehmen, das geschieht durch kürzere Arbeitszeit und durch besseren Lohn. Eins muß mit dem andern Hand in Hand gehen! Durch diese Freiwerdung einer ganz neuen unerbaulichen Schicht von der alleinigen Sorge um das Brot mit ein gewaltiger Ausschlagung der gesamten Kultur eintreten, Kunst und Wissenschaft werden neu belebt werden, ja sie werden ganz umgestaltet werden. Doch dieses „muß“ gilt nicht absolut. Es liegt schließlich an uns Arbeitern. Allerdings kann man sagen, es liegt in der menschlichen Natur begründet, daß er nach geistigen Dingen strebt, wenn er nötige Freizeit hat. Auch für die ältesten Kulturansänge war Voraussetzung, daß einige Menschen, eine bevorzugte Schicht, ohne Sorge um den Nahrungunterhalt leben konnte, es waren die Priester. Erst seither kann die kulturelle Entwicklung der Mensch-

heit datiert werden, aber sobald diese Leute genügend freie Zeit hatten, dann nahmen ihre Interessen eine geistige Richtung.

Der Arbeiter wird also die Freizeit für seine kulturellen Bedürfnisse verwenden „müssen“. Freilich gibt es Kollegen und Genossen, die lieber Bier trinken oder Karten spielen, als ins Theater zu gehen, als zu lernen, als Sport zu treiben, als zu wandern und als zu lesen; aber das sagt nicht viel. Der Arbeiter ist nicht dazu erzogen worden, seine Freizeit zu „verwenden“, es war der herrschenden Klasse schließlich ganz recht, daß er zum Juhel griff. Niemand außer wir selbst haben ja ein Interesse daran, daß die Arbeiterklasse geistig wächst, das wollen wir immer bedenken. Es gilt also, Wege zu zeigen. Die Bildungsaus-schüsse der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei leisten hier eine ganz hervorragende Arbeit. Sie stellen Kurse und Arbeitsgemeinschaften zusammen, sie richten Theater und Kinos ein (auch die Presse, und die Gewerkschaftspresse vor allem, leistet in diesem Sinne große Arbeit) und man veranstaltet auch Studienreisen. Die Gewerkschaftsschulen, die ich einer Reihe der bürgerlichen Hochschulen an Kraft und Leistung gleichsetze, haben natürlich einen Hauptanteil.

Aber alle diese Einrichtungen können schließlich nur Begewisser sein. Der einzelne Arbeiter selbst muß die Erziehungsarbeit an sich und seinen nächsten Kollegen in die Hand nehmen.

Die Arbeiterjugendverbände, die Naturfreunde, die Sportvereinigungen usw. sind hier vorbildlich. In diesen Zusammenschlüssen wächst eine neue Generation herauf, der einerseits die Wege durch den Kampf der Väter gelehrt wurden, die aber andererseits selbst das große Streben nach kultureller Gemeinschaft in sich trägt. Es müßte für unsre Kinder etwas Selbstverständliches sein, daß sie den erwähnten Verbänden angehören. Zwang der Eltern in diesen Dingen ist zwar sehr gefährlich, aber etwas nachhelfen sollten die Eltern auf geschickte Weise schon. Jedes

Arbeiterkind sollte in der Gewerkschaftsjugend organisiert sein.

Die Verwendung der Freizeit nun muß bei jedem einzelnen geteilt werden in geistige und körperliche Erholung. Die körperliche ist nicht zu unterschätzen. Das gilt für den kaufmännischen Angestellten, für den Buchdrucker usw. ohne weiteres, aber auch der Handarbeiter selbst zum Zwecke der harmonischen Durchbildung seines Körpers des Sportes nicht entlagen können. Frische Landluft, Licht und Sonne sind auch für ihn Heilmittel, die er täglich in Anspruch nehmen sollte. Jeder Arzt wird diese Mittel als die besten zur Förderung und zur Erhaltung der Gesundheit bezeichnen. Aber nicht nur für den Alltag gilt dies, erst recht für die freien Tage, die der Arbeiter heute Ferien hat. In diesen Tagen müßte man die Stadt verlassen, müßte wandern in die schöne Natur hinaus, um wieder neue Kraft für das ganze Jahr zu schöpfen.

Aber das Hauptgewicht muß die geistige Arbeit haben. Sie wird sich erstrecken auf die Gebiete der Literatur, der Wissenschaft und der Kunst überhaupt. Die Stadtbibliotheken und die Bibliotheken der Gewerkschaften enthalten heute alles, was man dazu braucht, in reichlichem Maße. Es ist selbstverständlich, daß ein Arbeiter auf dem laienhaften sein muß, was literarisch vor sich geht. Z. B. muß er augenblicklich die entstandene Kriegsliteratur kennen und muß sich mit ihr auseinandergesetzt haben. Auch wird er auf die Klassiker zurückgreifen, und Goethes Faust wird eines seiner Lieblingsbücher werden. Auf dem wissenschaftlichen Gebiet liegen die Dinge nicht so einfach. Unnötig zu sagen, daß er den Sozialismus verstehen muß. Er muß wissen, wo er steht und was er in der Welt zu tun hat. Ferner wird sich mancher für Spezialfragen interessieren. Hier zu raten wird sehr schwer sein; jeder muß selbst suchen. Und in der Kunst kann ein Rat noch schwerer erteilt werden. Hier muß man sagen, daß jeder selbst schon „finden“ wird.

Bertin.

W. M.

erledigt. Nachdem verschiedene Mitteilungen und Eingänge zur Kenntnis gebracht worden waren, wurde über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen debattiert. Die Versammlung war im allgemeinen nicht gerade erbaud von dem Ergebnis. Besonders die Frage der Lehrlingslöhne, die die Wichtigkeit der Lehrlingsausbildung in den kleinen Betrieben zuläßt, wie auch die Ferienfrage bei verkürzter Arbeitszeit wurden lebhaft debattiert. Jedoch wurde die schwierige Lage unserer Vertreter anerkannt und den Kollegen empfohlen mit Ja zu stimmen. Ein Antrag des Kollegen K u n i s h, durch den in die Städtische Druckerei ein Fachmann untergebracht werden soll, wurde angenommen und soll an die SPD-Fraktion des Stadtparlaments geleitet werden. Nach Erstattung des Kartellberichts und der Erledigung verschiedener Anfragen wurde die Versammlung geschlossen. — Anschließend fand aus Anlaß des Jubiläums ein Kommerzestatt, der die Kollegen einige Stunden der Sorge enthub und dem alten Buchdruckerstolz zu seinem Recht verhalf.

**Nordhausen.** In unserer Versammlung am 1. März verurteilte eine Aussprache über die Herabsetzung des Ortsvereinsbeitrags von 30 auf 20 Pf. hitzige Gemüter. Man einigte sich aber dann doch auf den Vorstandsantrag, den Beitrag in der alten Höhe zu belassen. Gleichzeitig wurde der Haushaltsplan 1930 genehmigt. Unter „Tariflichem“ wurde wie immer ermahnt, die Überstunden unter allen Umständen zu betämpfen, damit tut man das Beste für unsere Erwerbslosen. Unter „Verhiebenem“ wäre erwähnenswert der Hinweis auf den Vortrag des Kollegen Lesemann im Bildungsverband. Die Ausgestaltung des Stiftungsfestes wurde dem Vorstand überlassen. Der Vertrauensmann der Büchergilde richtete warme Verbeworte an die Kollegen.

**Münster.** (Maschinenf. u. s. v.) In unserer Versammlung am 16. März wies einen guten Besuch auf, von den Bezirksorten waren Bamberg und Strudorf vertreten. Vorsitzender Lange gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung des vor zehn Jahren mit Erfolg geführten Generalstreiks gegen den Rapp-Busch. Einen aufschlußreichen Vortrag hielt Johann Kollege W i n z e r über das Berechnen des Maschinenjahres. Dem Vortrag soll im Herbst ein Berechnerkursus folgen. Aber die Vorbereitungen zum Ersten Bayerischen Maschinengetreiffen zu Osnern sprach Kollege L a n g e, dessen Ausführungen zu entnehmen war, daß die Veranstaltung aufs Beste vorbereitet ist und alles getan wird, um unsere Gäste in jeder Hinsicht zufriedenzustellen. Anschließend gab der Vorsitzende noch unser Tagesprogramm bekannt. Unter „Verhiebenem“ kam der Abbau der Leistungszulagen der Maschinenf. in der „Vollblatt“-Druckerei in Bamberg zur Sprache. In der Generalversammlung führte Kollege Salomon (Bamberg) u. a. in seinem Bericht aus, daß es selbst dem Gauvorsitzer nicht möglich gewesen sei, den Abbau zu verhindern. Dieser Bericht erregte berechtigtes Aufsehen. Kollege B r a n d m ü l l e r wandte sich deswegen an Gauvorsitzer Döhling, und dieser stellte uns darauf die seiner Zeit mit der Mitgliebschaft Bamberg gewechselten Briefe zur Verfügung, aus denen zu ersehen war, daß gerade das Gegenteil von dem der Fall ist, was Kollege Salomon berichtete und daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, den Abbau zu verhindern, wenn nur der Gauvorsitz rechtzeitig verständigt worden wäre. Kollege S a l o m o n rechtfertigte sich dahin, daß er den Sachverhalt von den Kollegen des „Vollblattes“ so geschildert bekam und er also wissenschaftlich keinen falschen Bericht gab. Es wurde eben verkannt, die Klage beim Schiedsamt einzureichen. Nach kurzer Aussprache über zwei neue Tarifbestimmungen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Osnern.** Am 1. März fand hier die Tagesordnung der Bezirksversammlung am 15. März widmete Vorsitzender P i s c h e r dem verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Otto Schulze einen warmen Nachruf. Nachdem Johann einige geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erstattete Kollege P i s c h e r den Bericht über die Tarifverhandlungen in Berlin. Dieser wurde ohne Aussprache mit sehr gemäßigten Gefühlen entgegengenommen. Nachdem dann noch das Gaujubiläum erwähnt und verschiedene Einzelheiten hierzu erörtert worden waren, fand die mäßig besuchte Versammlung ihren Abschluß.

**Schwerin i. M.** (Sandsch. u. s. v.) Der 27. Februar vereinigte uns mit unsern Damen zu einer Versammlung in der Herr Versicherungsinpektor L a u von der Landesversicherungsanstalt Mecklenburg sehr interessant über die Invalidenversicherung sprach. Wenn der Besuch durch die Damen auch ein besserer hätte sein können, so ist doch der Besuch, auch diese für unsre Veranstaltungen zu interessieren, im allgemeinen geflückt. Es werden von Zeit zu Zeit weitere Vorträge ähnlicher Art stattfinden. — Am 14. März (mecklenburgischer Bußtag) waren wir in stattlicher Anzahl zu einer Wanderversammlung nach Wismar gefahren. Leider waren die Wismarer Kollegen zu dieser in einer so geringen Zahl erschienen, daß es zwecklos war, das vorgelegene Referat halten zu lassen. Es wurde allgemein beauftragt, daß die Wismarer Handf. in puncto Sparte noch so rückständig sind, da gerade die Verhältnisse an ihrem Ort auch nicht die rosigsten sind. Man scheint sich sehr für dieses oder jenes zu interessieren, aber gerade am dem Beruflichen, sei es in Fortbildung oder in wirtschaftlicher Hinsicht, geht man adios vorüber. Es ist leider auch in unserm Gau noch ein hoher Prozentsatz der Handf., der wohl gern die Erfolge der Spartenarbeit einheimst, aber das kleine finanzielle Opfer und die Spartenarbeit andern überläßt. Möchten bald alle Sandsch. einsehen, daß nur in der Geseltheit ihre Macht liegt. Hoffen wir, daß bei einer späteren Versammlung in Wismar kein Sandsch. fehlt.

**Berlin (Alt).** Am 16. März fand hier die Genera lversammlung des Bezirks statt. Zahlreich waren hierzu die Kollegen erschienen, denn von 139 Kollegen waren 98 anwesend. Gauvorsitzer Jähner (Bremen) war erschienen, um den Bericht von den Tarifverhandlungen zu geben. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden G r a e f (Berlin) mit begründenden Worten eröffnet. Jahresbericht, Kasienbericht und die Berichte aus den Mitgliedschaften zeigten sich als zufriedenstellend, wenn auch verchiedentlich gegen Adressen eingeschritten werden mußte. Mitteilender waren am Schluß des Jahres 134 vorhanden; Lehrlinge dagegen 33. Die Arbeitslosigkeit macht sich auch in der

Provinz in erhöhtem Maße bemerkbar. Der größte Teil der Kollegen ist vollständig ausgebeutet. Der Einstellung von Lehrlingen muß erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden, damit in keinem Falle die Lehrlingslöhne überschritten werden. In längeren Ausführungen berichtete dann Kollege J s h e r p über die Tarifverhandlungen. Eine Aussprache fand nicht statt. Starker Beifall dankte dem Referenten für seine treffenden Ausführungen. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Die Herbstbezirksversammlung findet in Sulingen statt. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Bezirk Westf. u. s. v.** In unserer diesjährige Bezirksversammlung am 16. März in Wesermünde-G. statt. Die Versammlung wurde durch einige Liedervorträge der „Typographia“ Bremerhaven eröffnet. Anschließend des Volkstrauertages wurde der im Weltkrieg gefallenen und der im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen in würdiger Weise gedacht. Nach Begrüßung durch den Bezirksvorsitzer K u n k t a n n übermittelte Kollege S c i m vom Gauvorsitz dessen Grüße und Wünsche der Tagung einen guten Verlauf. Im Jahresbericht streifte der Vorsitzende die Vorommünisse innerhalb des Bezirks im verflochtenen Jahre. Wenn auch alles in ruhigen Bahnen verlaufen ist, so mußte doch festgestellt werden, daß auch wir hier an der Wasserkannte unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hatten, was aus dem großen Konditionslostenstand hervorging. Leider wird von den Kollegen noch zu wenig Wert darauf gelegt, die Rechte, die ihnen durch das Betriebsrätegesetz gewährleistet sind, auszunutzen. Der Kasienbericht des Kassierers T e i s h o w gab zu Beanstandungen keinen Anlaß und es wurde ihm Entlastung erteilt. Das nun folgende Referat über unsre Manteltarifverhandlungen löste eine ergebnisse Debatte aus. Die Meinungen waren geteilt, jedoch in Anbetracht der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse wurde den Kollegen auf den Weg gegeben, sich für die Annahme des Tarifs zu entschließen. Die noch folgenden Tagesordnungspunkte wurden zur Zufriedenheit der Versammlungsteilnehmer erledigt. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Stade bestimmt.

**Zeit.** (Vierteljahrsbericht.) Am 4. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Der Bericht des Vorstandes zeigte, daß das vergangene Jahr ein sehr arbeitsreiches war. Die tariflichen Verhältnisse waren befriedigend, dagegen der Arbeitslostenstand ein sehr hoher. Fast 17 Proz. der hiesigen Kollegen sind in das große Meer der Erwerbslosen eingereiht. Drei Mitglieder mußten wegen Resten ausgeschlossen werden. Die Kasienverhältnisse sind stabil, trotzdem ziemlich ein Viertel der Gesamteinnahmen für die durchreisenden Kollegen verausgabt worden ist. Die Neuwahl des Vorstandes ergab nur insoweit eine Änderung, als der zweite Vorsitzende auf eine Wiederwahl verzichtete. An dessen Stelle trat ein anderer Kollege. Die Remuneration des Vorstandes erfuhr eine kleine Erhöhung; auch den beiden Lehrlingsleitern wurde eine Entschädigung zugebilligt. — In der Versammlung am 15. März, die sehr gut besucht war, berichtete Gauvorsitzer K ö n i g über das Ergebnis der Tarifverhandlungen. In der Aussprache „Am- u. s. v.“ wurde, daß man die Arbeit unsrer „Geschäftsvorsetz.“ bei den „Verhandlungen“ anerkenne, und es schon eine Verbesserung bedeute, wenn der Tarif von allen Kollegen genau eingehalten werde. Anschließend gab Kollege W e n z e l Bericht von der Bezirksleiterkonferenz. Beschlossen wurde, neun Kollegen, die in diesem Jahre aus der 25jährigen Mitgliedschaft in unsrer Organisation zurücktreten können, in einer besonderen Bezirksversammlung zu ehren.

### Allgemeine Rundschau

**Weiterprüfung.** Vor der Handwerkskammer in Konstanz legte Kollege August H i e r h o l z e r aus Donaueschingen die Weiterprüfung ab.

**Gesellenprüfung.** Vor der Handwerkskammer in L i e g n i k legten 10 Segler, 5 Drucker und ein Offsetdrucker aus dem Bezirk Liegnitz die Gesellenprüfung ab. Von den Prüflingen waren 16 aus Liegnitz, 4 aus Saynau, 3 aus Jauer, 2 aus Goldberg und einer aus Lüben. Ein Praktischen erhielten 22 Gut, 3 Genügend, im Theoretischen 20 Gut und 5 Genügend.

**Schweres Transportunglück.** Im Leipziger Buchgewerbehaus ereignete sich am 5. April ein sehr bedauerliches Unglücksfall, der zwei Menschenleben forderte. Die Firma König & Bauer, Maschinenfabrik AG. in Würzburg, hatte zur Feilheitsmesse eine große Tiefdruckmaschine in der Maschinenhalle des Buchgewerbehauses aufgestellt. Die Maschine sollte, wie wir der „Neuen Leipziger Zeitung“ entnehmen, am Sonnabendvormittag durch Angestellte der Firma abmontiert und zum Rücktransport nach Würzburg abtransportiert werden. Ein 35 Zentner schwerer Seiten teil der Druckmaschine war auf einen sogenannten Transporthund geschoben worden, und zwar so, daß der etwa vier Meter lange und einseitig Meter hohe Maschinen teil auf der niedrigen Karre mit der ungefähre 20 Zentimeter breiten Breitseite ruhte. Mehrere Monteuure und Schloffer schoben nun die Last dem Tore zu, das von der Maschinenhalle in den Vorraum führt. Plötzlich kam das Transportgut aus dem Gleichgewicht und schlug nach der linken Seite um. Der hier arbeitende Obermonteur Weber und der Monteur Glaser wurden von dem Maschinenteil erfasst und zu Boden gerissen. Glaser wurde der Leib und der untere Teil der Brust so zusammengequetscht, daß der Tod auf der Stelle eintrat, während Weber bald nach erfolgter Einlieferung im Krankenhaus verschied.

**Zur Frage der Kleinschreibung.** Eine Bremer Buchdruckerzeitung verstande — wie wir der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ entnehmen — kürzlich an ihre Geschäftsfreunde einen gedruckten Prospekt, in dem sie diesen die Mitteilung machte, daß sie fortan die Kleinschreibung im Geschäftsverkehr mit ihrer Kundenschaft durchzuführen beabsichtige. Zur Begründung ihres Vorbeschlusses bemerkte die Firma in ihrem Prospekt u. a.: „Wenn wir uns entschließen, die durch Kleinschreibung der dingwörter vereinfachte rechtschreibung in unserm Geschäftsverkehr durchzuführen, so geschieht dies aus dem Gedanken heraus, daß dem vorgehen des einzelnen auf diesem gebiet kein

schranken gesetzt sind und daß es möglich sein sollte, eine genügende zahl von einseitigen menschen zu finden, die durch anwendung der neuerung in ihrem wirkungsgebiet einer anwendung einführung den weg bereiten.“ Daß jedoch nicht überall das Bedürfnis besteht, das Johwabohu in der Rechtschreibung durch Eigenmächtigkeiten unbenutzer Eigenbrötler noch größer werden zu lassen, ging aus einer der Kleinschreibung ablehnenden Zuschrift an die „Schweizerische Buchdruckerzeitung“ (Prinzipalorgan) hervor, in der in durchaus sachlicher und verständiger Weise folgendes gesagt wird: „Man kann sich angezogen dieser Lastfrage gewiß mit Recht fragen, ob ausgerechnet die Buchdrucker sich dazu hergeben müssen, in die in allen Ländern deutscher Sprache amlich anerkannte deutsche Rechtschreibung ein neues Durchseinander und neue Unklarheit zu bringen, bevor eine maßgebende Orthographiefonferenz aller beteiligten Länder eine Entscheidung getroffen hat. Mit Grauen denken wir an jene Zeit zurück, da beinahe jede Druckerei ihre „Hausorthographie“ besaß. Damals sahnte man sich noch Bereinhaltung, und man kämpfte für das Duradrängen und die Anerkennung einer einheitlichen Rechtschreibung. Und nun, da diese Einheitlichkeit so ziemlich überall durchgeführt ist, legt ein Buchdrucker eigenhändig in dieses Gebäude eine Brezche. Unauslaßlich!“

**Über die Zigeunerzeitschrift.** Wie wir seiner Zeit berichteten, ist es dem Moskauer Gelehrten Professor Gerjewitsch vor einigen Jahren zum erstenmal gelungen, ein Alphabet der Zigeunerprache zusammenzustellen, und daraufhin wurde die Zigeunerzeitschrift „Romany Sorja“, die einzige in der Welt, gegründet. Diese Zeitschrift wird nun allmählich, wie in der „Literarischen Welt“ berichtet wird, zum Mittelpunkt einer neu entstehenden Zigeunerliteratur. Schon jetzt gibt es unter den russischen Zigeunern einige bedeutende Dichter, so J. Lebedew mit seinem Roman „Banu“ und M. Poljatow. Da die Zigeunerprache, die ein Gemisch indischer Dialekte darstellt, von allen Zigeunern gesprochen wird, so ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Zeitschrift sich zum internationalen Organ einer neuen Literatur entwickelt.

**Standardwerk.** Das „Oxford English Dictionary“, das offizielle Wörterbuch der englischen Sprache, das vor 70 Jahren in Angriff genommen wurde, liegt jetzt abgeschlossen vor. Der Schlussband, der die Worte „Wisc-Wyzin“ umfaßt, befindet sich zur Zeit unter der Druckpresse. Am 19. April wird das Gesamtwerk erscheinen, dessen erstes Exemplar dem König feierlich übergeben werden wird. Das Wörterbuch ist die höchste Autorität für alle die englische Sprache betreffenden Fragen. Seine Veröffentlichung darf als ein historisches Ereignis auf dem Feld der lezigraphischen Literatur bezeichnet werden. Nicht weniger als sechs Herausgeber und viele hundert freiwillige Mitarbeiter waren an der Vollendung des Riesenvortes beteiligt, das in zwölf Bänden nicht weniger als 418 825 Worte, 5000 Erläuterungen und 1827 306 Zitate enthält. Die Gesamtkosten der Herstellung werden auf 300 000 Pfd. Sterl. geschätzt. Das Werk wurde im November 1859 unter der Hauptleitung von Hartley Coleridge begonnen.

**Die Buchgewerbliche Lage in der Türkei.** Wie die „Wapierzeitung“ mitteilt, liegen die türkischen Verleger darüber, daß Bücher in Antiquaschrift ja wenig gekauft werden. Mehr als 500 Exemplare können selten abgesetzt werden, ein guter Roman bringt es vielleicht auf 2000. Seit der Einführung der Antiqua sind ungefähre tausend Neuerscheinungen zu verzeichnen, in der Hauptgasse Schulbücher, 40 Romane, 30 Märchenbücher und 15 Koeffen. Die Verleger verlangen, daß die Regierung einen Teil der Auflage ankaufe und den Bibliotheken überweise. Sie tragen sich auch mit der Möglicht, den Verkaufsapparat auszugestalten, der türkische Buchhandel ist noch nicht organisiert. Bücher in arabischer Schrift werden sehr wenig gekauft, kaum der zwanzigste Teil gegen früher. Die Zahl der türkischen Verleger hat abgenommen, die der Schriftsteller zugenommen. Die Staatsdruckerei, die voriges Jahr mit Arbeit überhäuft war und Aufträge an ausländische Druckereien abgeben mußte, arbeitet jetzt nur drei Tage in der Woche. Der schlechte Geschäftsgang im Druckgewerbe wird auch auf die Papiererzeugung ungenügend wirken. Die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse sind derzeit nicht günstig, die Einfuhr wird mit allen Mitteln gedrosselt.

**Verhungernde Entdecker.** Einer der vier Entdecker der riesigen Goldgebiete in Südarabien, Samuel Honeyball, ist nach Berichten aus Johannesburg in größter Notlage aufgefunden worden. Man nahm an, daß Honeyball tot war, doch stellt sich nun heraus, daß er seit längerer Zeit von einer Pension von 1250 M. die Woche leben mußte. Das in Gemeinschaft mit einem andern von ihm entdeckte Gold hat einen Wert von rund 200 Millionen Pfund Sterling (4 Milliarden Mark!).

**Berufsgenossenschaftstag 1930.** Der diesjährige Berufsgenossenschaftstag findet am 2. und 3. Juni in Dresden statt. Diese Jahresversammlung der gewerblichen Berufsgenossenschaften, der gesetzlichen Träger der Reichs-Unfallversicherung, wird angeleitet von der Versicherung, durch partizipative Unfallverhütungsausschüsse in das Selbstverwaltungsrecht der Berufsgenossenschaften eingegriffen, besondere Bedeutung für die Zukunft der Unfallversicherung haben.

**Berufsgenossenschaft der Volksfürsorge.** Ende 1929 zählte die Berufsgenossenschaft der deutschen Arbeiter-Versicherung einen Bestand von rund 1 925 000 Volks- und Lebensversicherungen mit etwa 786 Mill. M. Versicherungssumme. Der Zahl der Versicherenden nach steht sie an der Spitze sämtlicher deutscher Lebensversicherungsunternehmen; hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme dürfte sie etwa an dritter Stelle stehen.

**Selbsthilfe und Gemeinwirtschaft.** Der Wille zur Selbsthilfe ist der Ausgangspunkt der gesamten Genossenschaftsbewegung. Die höchste Form der Selbsthilfeorganisation ist zweifellos die, in der die Proffertzielung am weitestgehenden ausgegahlet ist. Das ist aber der Fall in den Verbraucherorganisationen. Konsumgenossenschaften schalten den Profit auf ihrem weiten Tätigkeitsgebiet, der Versorgung der Menschen mit Gebrauchsgütern, aus, das gleiche tun die Spezialen Verbraucherorganisationen auf engerem Gebiet (Rauchgenossenschaften, Buchgenossenschaften, Konsumgenossenschaften bestimmter Verbrauchskreise u. a.). Die alle Bevölkerungskreise umfassenden Konsumgenossen-

